

**NIEDERSCHRIFT**

(öffentlicher Teil)

11. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Sicherheit und Ordnung

Sitzungstermin:	Dienstag, 18.02.2025	
Sitzungsbeginn:	16:03 Uhr	
Sitzungsende:	19:26 Uhr	
Sitzungsort:	Großen Sitzungssaal (Haus Trave 7.OG), Kronsfordter Allee 2- 6, 23560 Lübeck	
Anwesende Mitglieder		
Vorsitz		
Silke Mählenhoff - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Zweite Stellvertr. Stadtpräsidentin		
Mitglieder aus der Bürgerschaft		
Kimberly D`Amico - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		
Kevin Kleinert - CDU		
Dr. Marek Lengen - SPD		
Markus Stappen - AfD		
Hülya Tac - CDU		
Frank Zahn - SPD		
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.		
Peter Schüler - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		
Daniel Jürß - fraktionslos		Vertretung für: Herrn Detlev Stolzenberg Fraktionsvorsitzender
André Pätou - CDU		Vertretung für: Herrn Jochen Mauritz bis 17:52 Uhr
Katja Mentz - LINKE & GAL		
Rolf Müller - FDP		
Kirsten Petersohn - SPD		
Tim Alexander Reclam - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		
Paul-Gerhard Röttger - CDU		
Hans-Peter Buerschaper - CDU		Vertretung für: Herrn Jochen Mauritz ab 17:52 Uhr
Beiratsmitglieder		
Joachim Schulz - Naturschutzbeirat Naturschutzbeirat		nur öffentlicher Teil
Chiedu Uzonwanne - Forum für MigrantInnen		bis 18:00 Uhr
Helga Lietzke - Beirat für Senior:innen		nur öffentlicher Teil
Verwaltung		

Senator Ludger Hinsen - FB 3 - Umwelt, Sicherheit und Ordnung	
Petra Poltrock - 3.030 FBC	
Annette von Gerlach-Zapf - 3.390 Umwelt, Natur u. Verbraucherschutz	bis 19:03 Uhr
Melanie Wöhlk - 3.320 Ordnungsamt	von 16:27 Uhr - 19:23 Uhr
Sven Klempau - Stadtfeuerwehrverband	
Thomas Köstler - 3.370 Feuerwehr	
Arnd Babendererde - 5.651 GMHL	bis 17:44 Uhr
Barbara Schäfers - 3.390 Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz	bis 19:03 Uhr
Patrick Schirmmacher - 3.390 Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz	
Heike Hiller - 3.392 Umweltschutz	bis 17:56 Uhr
Protokollführung	
Julia Matthäus - Fachbereichsdienste FB 3	
Gäste	
Dr.-Ing. Sinje Keipert-Colberg - Stadtwerke Lübeck	bis 17:23 Uhr
Entschuldigte Mitglieder	
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Jochen Mauritz - CDU	entschuldigt
Detlev Stolzenberg - Die Fraktion	entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen	
2	Genehmigung der Niederschrift	
2.1	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 21.01.2025	
3	Anfragen / Antworten / Mitteilungen	
3.1	Mitteilungen der Vorsitzenden	
3.1.1	Teilnahme des Polizeibeirates am Ausschuss	
3.1.2	Sitzung am 13.05.2025 - Verlegung des Sitzungsortes	
3.2	Mitteilungen der Fachbereichsleitung	
3.2.1	Vorstellung Klima-Fördermittelmanagement	
3.2.2	Masterplan Klimaschutz und Kommunale Wärmeplanung	
3.2.3	Sachstand der Aufforstungsgenehmigung in Niendorf	
3.2.4	Waffenverbot im ÖPNV	
3.2.5	Waffenbehörde Lübeck - Statistik 2024	
3.3	Beantwortung von Anfragen	
3.3.1	Winterdienst - Einsatz von Salzlauge	
3.3.2	Anfrage des AM Rolf Müller (FDP) zu VO/2024/13799: Lärmaktionsplan der Hansestadt Lübeck 2024	VO/2024/13799-02
3.4	Neue Anfragen	
3.4.1	AM Katja Mentz (GAL): Parken auf Gehwegen in Kücknitz /Rangenberg	VO/2025/13961
3.4.2	AM Katja Mentz (GAL): Anfrage zu Queerfeindlichkeit, Prävention und Schutz	VO/2025/13968
3.4.3	AM Silke Mählenhoff (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Mehrwegangebotspflicht	VO/2025/13954
3.4.4	AM Silke Mählenhoff (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Runder Tisch Mehrweg	VO/2025/13955
3.4.5	AM Silke Mählenhoff (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Teilnahme der Hansestadt Lübeck am Papieratlas 2024/2025	VO/2025/13956

3.4.6	AM Silke Mählenhoff (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Chemikalien im Meeresschaum	VO/2025/13969
3.4.7	AM Silke Mählenhoff (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Baumkürzung und Holzentnahme an der Straße Am Schellbruch	VO/2025/13970
4	Berichte	
4.1	Jahresbericht 2024 des Kommunalen Ordnungsdiensts	VO/2025/13974
4.2	Umsetzung der Klimaanpassungsmaßnahmen im Jahr 2024 und Gründachförderung	VO/2025/13976
4.3	Notfallsanitäterschule	VO/2024/13637
5	Beschlussvorlagen	
5.1	Lärmaktionsplan der Hansestadt Lübeck 2024	VO/2024/13799
5.2	Kommunale Wärmeplanung	VO/2024/13808
6	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft	
6.1	AfD: Aussetzung Masterplan Klimaschutz	VO/2025/13900
6.2	SPD & FW: Evaluation des Klimaanpassungskonzepts "Lübeck sorgt vor"	VO/2024/13102
7	Anträge von Ausschussmitgliedern	
7.1	AM Silke Mählenhoff (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN), AM Kevin Kleinert (CDU): ÄA Kommunale Wärmeplanung	VO/2024/13808-02
8	Polizeibeirat	
9	Verschiedenes	
10	Ende des öffentlichen Teils	
16	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse	

Öffentlicher Teil:

zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen
--

Die Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die 11. Sitzung mit der Feststellung der Beschlussfähigkeit. Es wird festgestellt, dass die Sitzung fristgerecht einberufen wurde und die Tagesordnung mit der schriftlichen Ladung allen Teilnehmer:innen zugegangen sei. Der Vorsitzende weist zudem darauf hin, dass Tonbandaufzeichnungen vorgenommen werden, die ausschließlich der Protokollerstellung dienen.

Die Vorsitzende begrüßt folgende Gäste:

Frau Sinje Keipert-Colberg von den Stadtwerken Lübeck. Sie stelle zu TOP 5.2 Kommunale Wärmeplanung einen Beitrag vor.

Herrn Arndt Babendererde vom Gebäudemanagement zu TOP 12.1.

Herrn Patrick Schirmmacher, Praktikant bei UNV, startet ab dem 1.8.2025 die Laufbahn zum Stadtinspektoranwärter bei der Hansestadt Lübeck.

Ferner macht die Vorsitzende darauf aufmerksam, dass Personen, die möglicherweise befangen sein könnten, verpflichtet sind, dieses mitzuteilen. Ob jemand befangen sein könnte, entscheidet im Zweifel der Ausschuss.

Die Vorsitzende bittet alle sich zu erheben.

Die Vorsitzende verpflichtet die bürgerlichen Ausschussmitglieder Frau Kirstin Petersohn, Frau Katja Mentz, Herrn Peter Schüler, Herrn Paul-Gerhard Röttger, Herrn Tim Reclam, Herrn Rolf Müller und die stellvertretenden bürgerlichen Ausschussmitglieder Herrn André Pätou, Herrn Daniel Jürß und Herrn Hans-Peter Buerschaper mit den Worten: „Ich verpflichte Sie auf die gewissenhafte Erfüllung Ihrer Obliegenheiten, weise Sie auf die Rechte und Pflichten nach der Gemeindeordnung hin und führe Sie hiermit in Ihr Amt ein.“

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass nachstehende Unterlagen zur heutigen Sitzung noch eingereicht bzw. aufgenommen wurden:

TOP 3.3.2 – Anfrage von AM Rolf Müller (FDP) zu VO/2024/13799: Lärmaktionsplan der Hansestadt Lübeck 2024

TOP 7.1 – Antrag von AM Silke Mählenhoff (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN), AM Kevin Kleinert (CDU): ÄA Kommunale Wärmeplanung.

Es wird gebeten TOP 3.2.2 und TOP 7.1 gemeinsam mit TOP 5.2 zu behandeln. Die Vorsitzende lässt über die Zuordnung abstimmen.

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung stimmt einstimmig zu.

Es wird gebeten TOP 5.2 vorzuziehen und nach TOP 2.1 zu behandeln. Die Vorsitzende lässt über die Zuordnung abstimmen.

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung stimmt einstimmig zu.

Es wird gebeten TOP 12.1 vorzuziehen und doch im öffentlichen Teil vor TOP 3.2.1 zu behandeln. Die Vorsitzende lässt über die Zuordnung abstimmen.

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung stimmt einstimmig zu.

Es wird gebeten TOP 3.3.2 gemeinsam mit TOP 5.1 zu behandeln. Die Vorsitzende lässt über die Zuordnung abstimmen.

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung stimmt einstimmig zu.

Es wird gebeten TOP 4.2 gemeinsam mit TOP 6.2 unter TOP 4.2 zu behandeln. Die Vorsitzende lässt über die Zuordnung abstimmen.

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung stimmt einstimmig zu.

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass gemäß § 35 Abs. 2 der Gemeindeordnung ein gesonderter Verfahrensbeschluss mit 2/3 Mehrheit über die nichtöffentliche Behandlung von Vorlagen erforderlich ist.

Sie lässt über die Zuordnung der für den nichtöffentlichen Teil angemeldeten TOP abstimmen:

TOP 14.1 – VO 2025/13871 Ersatzbeschaffung von Einsatzfahrzeugen des Rettungsdienstes sowie Beschaffung von beweglichen Ausstattungsgegenständen der Rettungsdienstfahrzeuge.

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung stimmt einstimmig zu.

Über die Teilnahme von Verwaltungsmitarbeitenden im nichtöffentlichen Teil der Sitzung muss gem. §39 Abs. 3 der GeschO der Bürgerschaft vor Eintritt abgestimmt werden. Die Vorsitzende lässt für die Teilnahme von Frau Petra Poltrock, Fachbereichscontrolling, Herrn Thomas Köstler, Bereichsleitung Feuerwehr, Frau Melanie Wöhlk, Bereichsleitung Ordnungsamt, Sven Klempau – Stadtfeuerwehrverband und Herrn Patrick Schirmacher, Praktikant, abstimmen.

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung stimmt einstimmig zu.

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung beschließt einstimmig die Tagesordnung nach Maßgabe der gefassten Beschlüsse.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift

zu 2.1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 21.01.2025

AM Zahn und AM Röttger seien die Niederschriften nicht ausführlich genug. Senator Hinsen teilt mit, dass die Niederschriften nur Ergebnisprotokolle seien. Die Vorsitzende ergänzt, dass das auch nur so vorgesehen sei.

Die Niederschrift ist damit in der vorgelegten Fassung festgestellt.

zu 3 Anfragen / Antworten / Mitteilungen

zu 3.1 Mitteilungen der Vorsitzenden

zu 3.1.1 Teilnahme des Polizeibeirates am Ausschuss

Die Vorsitzende teilt mit, dass in der nächsten Sitzung die Teilnahme des Polizeibeirates geplant sei. Themenbezogene Anfragen und Anträge seien bitte entsprechend einzureichen.

zu 3.1.2 Sitzung am 13.05.2025 - Verlegung des Sitzungsortes

Die Vorsitzende informiert über die geplante Verlegung des Sitzungsortes am 13.05.2025. Die Sitzung soll im Zentralklärwerk Lübeck stattfinden. Vor Sitzungsbeginn sei eine Führung geplant. Genauere Informationen diesbezüglich sollen den Ausschussmitgliedern zu einem späteren Zeitpunkt mitgeteilt werden.

zu 3.2 Mitteilungen der Fachbereichsleitung

Gemäß TOP 1 wird TOP 12.1 doch im öffentlichen Teil behandelt. Aus diesem Grund wird die Diskussion unter TOP 3.2 in der Niederschrift dargelegt.

zu 12.1 Sachstand zur Bewertung der Feuerwehrehäuser

Herr Babendererde berichtet über den Sachstand zur Bewertung der Feuerwehrehäuser. Der Bereich Gebäudemanagement (GMHL) habe diesbezüglich den Auftrag erhalten.

Siebzehn der zweiundzwanzig Gerätehäuser seien durch den TÜV Rheinland überprüft worden. Herr Babendererde teilt die bisher vorliegenden Ergebnisse der Überprüfung mit, welche durch grundsätzlich über alle Standorte vergleichbare Mängel und Anpassungsbedarfe an veränderte (insbesondere Arbeitsschutz) Vorschriften und erhöhte Raumbedarfe gekennzeichnet seien. Zudem werde über das geplante weitere Vorgehen bzgl. Instandsetzungen und ggf. Erweiterungs- und Ersatzbauten berichtet. Mittel für weitergehende Planungen insbesondere zu Priorisierungen und der Erstellung einer Umsetzungsstrategie würden für den Haushalt 2026 entsprechend vorgesehen.

Zum Thema Ersatzbauten ergänzt Herr Babendererde, dass das Land Ende Januar 2025 eine Bedarfsabfrage zum Neubau von Feuerwehrehäusern im Zeitraum 2027 bis 2037 abgefragt habe. Es sei ein Förderprogramm des Landes in Form der Bereitstellung eines modularen Planungssystems vorgesehen. Kommunen könnten für eigene Neubaubedarfe auf fertige Planungen verschiedener Systembauten zurückgreifen. Eine Umsetzung dieser Grundlage würde die Planungskosten reduzieren und die Umsetzungsgeschwindigkeit beschleunigen. Das GMHL beabsichtige, eine entsprechende Bedarfsabfrage nach internen Abstimmungen zu beantworten.

AM Mühlenhoff ergänzt, dass weiterhin mögliche Grundstücke für geplanten Ersatzbauten der Feuerwehr im Blick behalten werden sollten. So viele Flächen für die Bauten und die dazugehörige Infrastruktur stünden in der Hansestadt nicht mehr zur Verfügung.

Hierzu redet Herr Klempau.

Herr Babendererde beantwortet die Fragen von AM Zahn.

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung nimmt Kenntnis.

zu 3.2.1 Vorstellung Klima-Fördermittelmanagement

Frau Heike Hiller stellt das „Klimaschutz-Fördermittelmanagement“ mit einer Präsentation vor und beantwortet die Fragen von AM Reclam.

Die Präsentation wird der Niederschrift beigelegt.

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung nimmt Kenntnis.

zu 3.2.2 Masterplan Klimaschutz und Kommunale Wärmeplanung

Gemäß TOP 1 wird TOP 3.2.2, TOP 7.1 und TOP 5.2 gemeinsam behandelt. Die Diskussion ist unter TOP 5.2 wiedergegeben, die Abstimmung unter dem jeweiligen TOP.

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung nimmt Kenntnis.

zu 3.2.3 Sachstand der Aufforstungsgenehmigung in Niendorf

Senator Hinsen berichtet über den Sachstand der Aufforstungsgenehmigung in Niendorf. Diese wurde seinerzeit teilweise verweigert. Die Stadt hatte diesbezüglich einen Widerspruch eingelegt. Dieser wurde aufgrund geänderter Planungen jetzt zurückgezogen.

Senator Hinsen beantwortet die Fragen von AM Zahn, AM Müller und AM Mählenhoff.

Zwei Beantwortungen werden zur Niederschrift zugesagt.

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung nimmt Kenntnis.

Anmerkung zur Niederschrift:

Beantwortung der Frage von AM Müller welche Flächengröße entfallen sei:

Die Differenz zwischen beantragter und genehmigter Fläche beträgt derzeit 5,8728 ha. Perspektivisch soll noch eine weitere Fläche aufgeforstet werden können.

Beantwortung der Frage von AM Zahn welche Flächen es genau betreffe.

Eine Übersichtskarte über die Flächen wurde als Anlage zu TOP 3.2.3 beigelegt.

zu 3.2.4 Waffenverbot im ÖPNV

Frau Wöhlk berichtet, dass mit dem Gesetz zur Verbesserung der inneren Sicherheit und des Asylverfahrens vom 30.10.2024 auch die Regelungen im Waffengesetz geändert worden seien. Das Mitführen von Waffen und Messer im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV)

sei nun verboten. Dies betreffe Busse, Straßenbahnen, U-Bahnen sowie auch Bahnhöfe grundsätzlich.

Bezüglich der Umsetzung des Gesetzes habe der Kommunale Ordnungsdienst gemeinsam mit der Polizei am 04.02.2025 am Lübecker Hauptbahnhof und ZOB Schwerpunktkontrollen durchgeführt. Frau Wöhlk teilt die Ergebnisse aus der Schwerpunktkontrolle mit sowie das weitere geplante Vorgehen. Des Weiteren beantwortet Frau Wöhlk die Frage von AM Müller.

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung nimmt Kenntnis.

zu 3.2.5 Waffenbehörde Lübeck - Statistik 2024

Die Statistik 2024 der Waffenbehörde Lübeck ist als Anlage zum Tagesordnungspunkt beigefügt.

Auf Nachfrage von Frau Wöhlk gibt es keine Wortmeldungen.

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung nimmt Kenntnis.

zu 3.3 Beantwortung von Anfragen

zu 3.3.1 Winterdienst - Einsatz von Salzlauge

Senator Hinsen beantwortet die Anfrage mündlich und berichtet, dass die Anfrage auch im Werkausschuss beantwortet worden sei.

AM Mentz erklärt die Frage für beantwortet.

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung nimmt Kenntnis.

Anmerkung zur Niederschrift:

Vgl. Niederschrift Werkausschuss vom 13.02.2025 zu TOP 3.4.1.

zu 3.3.2 Anfrage des AM Rolf Müller (FDP) zu VO/2024/13799: Lärmaktionsplan der Hansestadt Lübeck 2024 Vorlage: VO/2024/13799-02

Gemäß TOP 1 wird TOP 3.3.2 gemeinsam mit TOP 5.1 behandelt. Die Diskussion ist unter TOP 5.1 wiedergegeben, die Abstimmung unter dem jeweiligen TOP.

Anfrage:

Welche Auswirkungen hat die geplante ebenerdige Querung am Mönkhofer Weg auf den Verkehrsfluss und so auf die Lärmemissionen im Umfeld?

Bei Tempo 30 fährt man tendenziell mit höherer Drehzahl, also auch lauter. Zudem bewegt sich die Lärmquelle langsamer und wirkt dadurch länger auf die Anwohner ein. Zudem führt dies zur einer Kapazitätsreduzierung der entsprechenden Straßen und die Wahrscheinlichkeit von Verkehrsstau steigt. Dies sorgt ebenfalls für eine lokale Lärmbelastung und Abgasausstoß. Der ÖPNV, welcher beschleunigt werden soll, ist zusätzlich langsamer unterwegs, was dazu führen kann, dass dieser weniger attraktiv wird. Wie beeinflusst eine Geschwindigkeitsreduzierung auf Tempo 30 den fließenden Verkehr sowie die Schadstoffemissionen im Vergleich zu Tempo 50?

Die Regel Busbuchten in Lübeck möglichst aufzulösen hat Auswirkungen auf den Verkehrsfluss und somit auf die Lärmemissionen. Wie bewertet die Verwaltung diese Maßnahmen, insbesondere an eng bebauten Haltestellenstandorten?

Wie wirken sich moderne Autos, insbesondere E-Autos auf die Lärmemissionen aus. Ist damit zu rechnen, dass aufgrund eines zukünftig höheren Anteils von E-Mobilität die Lärmemissionen rückläufig sind und man auf entsprechende Maßnahmen verzichten kann oder bei einer Verbesserung wieder zurücknehmen kann?

Wie groß ist die messbare Lärmreduktion von Maßnahmen und ab welcher Schwelle sind diese wahrnehmbar. Wie wird in dem Zusammenhang die Angemessenheit von Eingriffen bewertet, um zu tatsächlichen Verbesserungen zu führen und eine wahrnehmbare Entlastung zu erreichen?

Wie wird die Qualität der Straßenoberflächen zur Lärminderung in Lübeck berücksichtigt, insbesondere mit Blick auf geplante Sanierungen?

Im Umfeld der Klinikzufahrten ist die Lärmbelastung durch Rettungswagen und Einsatzfahrzeuge der größte Faktor bei der Lärmbelastung. Es wird regelmäßig über steigende Einsatzzahlen des Rettungsdienst, auch durch eine Konzentrierung auf weniger Kliniken im Land mit mehr Zubringerverkehr, berichtet. Gibt es Möglichkeiten die Belastung der Bevölkerung zu reduzieren?

Abstimmungsergebnis Die schriftliche Beantwortung ist für den nächsten Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung vorgesehen.	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung nimmt Kenntnis.

zu 3.4 Neue Anfragen

**zu 3.4.1 AM Katja Mentz (GAL): Parken auf Gehwegen in Kücknitz /Rangenberg
Vorlage: VO/2025/13961**

Die Anfrage wird in einer nachfolgenden Sitzung beantwortet.

Anfrage:

1. Wie viele Anzeigen /Meldungen zu falsch geparkten Pkw, Wohnwagen, Wohnmobilen und Lieferfahrzeugen sind in den letzten zwölf Monaten im Stadtteil Kücknitz im Bereich Rangenberg und den angrenzenden Straßen wie Kücknitzer Scheide, Geleitweg, Moränenweg und Siemser Mühlenweg von Bürger*innen bei der Hansestadt Lübeck (z.B. Bußgeldstelle) oder bei der Polizei eingegangen? (Bitte nach Monaten aufschlüsseln.)
2. Wie zeitnah wurde vonseiten der Hansestadt Lübeck oder der Polizei auf derartige Meldungen reagiert?
3. Wie oft wurden die gemeldeten Bereiche innerhalb der letzten zwölf Monate kontrolliert?
In wie vielen Fällen wurde Bußgeld für Parken auf dem Gehweg verhängt?
In wie vielen Fällen wurde eine schriftliche Verwarnung ausgesprochen?
4. Welche Maßnahmen hat das Ordnungsamt / die Polizei ergriffen, um die gemeldeten Verstöße (insbesondere das unerlaubte Parken auf Gehwegen) zu ahnden und zu unterbinden.?
4. a) Falls nichts dagegen unternommen wurde, das unerlaubte Parken auf Gehwegen zu unterbinden, warum nicht?
5. Welche Regelungen gelten für Mitarbeitende des Ordnungsamtes, wenn sie Kontrollen in ihrem eigenen Wohngebiet durchführen? Welche Maßnahmen werden getroffen, um mögliche Befangenheiten zu vermeiden?
6. Welche Maßnahmen plant die Verwaltung, um die Durchsetzung der Straßenverkehrsordnung in dem Wohngebiet Rangenberg dauerhaft zu verbessern?

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung nimmt Kenntnis.

**zu 3.4.2 AM Katja Mentz (GAL): Anfrage zu Queerfeindlichkeit, Prävention und Schutz
Vorlage: VO/2025/13968**

Die Anfrage wird in einer nachfolgenden Sitzung unter Teilnahme des Polizeibeirates beantwortet.

Anfrage:

1. Wie viele Notrufe gehen bei der Polizei täglich ein und sind die Wachen ausreichend personell ausgestattet? Gibt es Statistiken und Auswertungen, an welchen Tagen be-

sonders viele Notrufe eingehen (wie zum Beispiel Silvester), um personell darauf zu reagieren?

2. Wie viele Einrichtungen, Institutionen und Begegnungsorte gelten für die Polizei in Lübeck als potenzielle Ziele für Angriffe, so dass auf eingehende Notrufe sofort reagiert wird? Welche Art von Einrichtungen zählen dazu?
3. Nach welchen Kriterien werden Einrichtungen, Institutionen und Zusammenkünfte vieler Menschen z.B. bei Stadtfesten und Demonstrationen oder an besonderen Gedenk- und Feiertagen als potenzielle Angriffsziele bei der Polizei aufgenommen und als solche registriert?
4. Welche Maßnahmen werden durch die Polizei und/oder Ordnungskräfte der Hansestadt Lübeck ergriffen, um die Sicherheit potenzieller Angriffsziele zu erhöhen?
5. Wie werden Polizeikräfte allgemein und insbesondere in den Notrufzentralen für spezifische Bedrohungslagen wie der queeren Community sensibilisiert und geschult?
6. Wie viele queerfeindliche Übergriffe in Lübeck sind der Polizei bekannt? Wie viele wurden davon strafrechtlich verfolgt? Gibt es Aufrufe, queerfeindliche Übergriffe zu melden?
7. Ist bekannt, ob es zu Anfeindungen oder Angriffen gegenüber LSBTIQ*-Polizeibediensteten in Schleswig-Holstein und insbesondere in Lübeck gekommen ist? Falls ja, wie wurde und wird darauf reagiert?
8. Wie können präventive Schutzkonzepte und Alarmsysteme für gefährdete Einrichtungen und zivilgesellschaftliche Organisationen in Lübeck zeitnah entwickelt und umgesetzt werden?
9. Ist es üblich oder geplant, dass Polizei bei der Erarbeitung und Umsetzung von präventiven Schutzkonzepten beratend aktiv wird?
10. Gibt es Sicherheitskonzepte in sonstigen sozialen Einrichtungen und Jugendzentren in Lübeck?
11. Welche Angebote und Möglichkeiten gibt es für die Übernahme von Kosten für Gebäudesicherung, Gefahrenabwehr, Wachdienst, Weiterbildungsmaßnahmen und Supervision für von Gewalt betroffene Fachkräfte?
12. Welche Präventionsangebote gibt es für potentielle Täter*innen?
13. Setzt sich die Polizeidirektion dafür ein, dass Queerfeindlichkeit ein eigener Themenkomplex im Verfassungsschutzbericht des Landes Schleswig-Holstein wird?

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	

	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung nimmt Kenntnis.

**zu 3.4.3 AM Silke Mählenhoff (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Mehrwegangebotspflicht
Vorlage: VO/2025/13954**

Frau von Gerlach-Zapf beantwortet die Frage mündlich. Es unterliegen ca. 1.000 bis 1.200 Betriebe der Mehrwegangebotspflicht. Bei vierzehn der zwanzig kontrollierten Betriebe seien keine Beanstandungen festgestellt worden. Von den Nachkontrollen ständen zwei noch aus. Zwei Mitarbeiter:innen seien diesbezüglich eingesetzt. Bisher habe man kein Bußgeldbescheid erlassen.

Des Weiteren beantwortet Frau von Gerlach-Zapf die Frage von AM Mentz.

Anfrage:

Seit dem 1. Januar 2023 gelten neue Regeln für Gastronomie und Einzelhandel, die Essen für unterwegs verkaufen.

Am 29.08.24 veröffentlichte HL-Live einen Artikel zur Mehrwegangebotspflicht: "Die Stadt will jetzt kontrollieren, ob Alternativen zum Einweg-Geschirr angeboten werden."

Wir bitten um Antwort auf folgende Fragen:

1. Wie viel Betriebe unterliegen in Lübeck der Mehrwegangebotspflicht?
2. Wie viel Betriebe wurden kontrolliert (Bitte die Anzahl der Restaurants, Imbisse, Cafés und Lebensmittelläden)
3. Wie viel der kontrollierten Betriebe haben auf die Mehrwegangebotspflicht sichtbar (Schaufenster) hingewiesen und bieten diese auch an.
4. Wurden Umsetzungs-Kontrollen durchgeführt? Wenn ja wie viele?
5. Wie viel Mitarbeiter waren bei den Kontrollen im Einsatz?
6. Sind Bußgeldbescheide erlassen worden? Wenn ja wie viele und in welcher Höhe?

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	

	Ohne Votum	
--	------------	--

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung nimmt Kenntnis.

**zu 3.4.4 AM Silke Mählenhoff (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Runder Tisch Mehrweg
Vorlage: VO/2025/13955**

Frau von Gerlach-Zapf beantwortet die Anfrage mündlich. Unter anderem teilt Frau von Gerlach-Zapf mit, der Runde Tisch „Wir sind Mehrweg“ sei nicht aufgelöst. Aktuell sei noch die untere Abfallbehörde im Bereich 3.390 UNV zuständig. Im Rahmen der parallel stattfindenden Masterplan Klimaschutz-Prozesses würden sich im Handlungsfeld Ressourcenschutz die Vorteile einer zentralen Zuständigkeit für die Abfallvermeidungsthemen (zero-waste) herausstellen.

Senator Hinsen beantwortet die Frage von AM Mentz. Hierzu reden AM Reclam und AM Zahn.

Anfrage:

Auf der Internetseite der Hansestadt Lübeck wird aktuell auf den Runden Tisch Mehrweg hingewiesen.

<https://www.luebeck.de/de/stadtentwicklung/klimaschutz/wir-fuer-mehrweg/>

Der Runde Tisch Mehrweg wurde allerdings im Sommer 2023 aufgelöst. Es finden keine Sitzungen mehr statt.

Dazu fragen wir:

1. Warum wurde der Runde Tisch aufgelöst?
2. Wer hat seit Sommer 2023 das Thema verwaltungsintern bearbeitet?
3. Wer ist Ansprechpartner für die Öffentlichkeit und die Gewerbetreibenden?
4. Nach Auskunft der Verwaltung sollte eine Alternative bei den Entsorgungsbetrieben angesiedelt werden.
 - o Wann wird diese Alternative den Gremien vorgestellt?
5. Ist es sinnvoll, diese Alternative bei der EBL anzusiedeln? Mehrwegangebotspflicht und Verpackungssteuer werden im USO behandelt

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung nimmt Kenntnis.

zu 3.4.5 AM Silke Mählenhoff (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Teilnahme der Hansestadt Lübeck am Papieratlas 2024/2025
Vorlage: VO/2025/13956

Frau von Gerlach-Zapf beantwortet die Anfrage mündlich. Unter anderem teilt Frau von Gerlach-Zapf mit, dass in Vorbereitung der Teilnahme zum Papieratlas 2024 festgestellt worden sei, dass die erreichte Nutzungsquote mit dem Siegel „Blauer Engel“ in der Verwaltung der Hansestadt Lübeck unzureichend gewesen sei. Aus diesem Grund sei von der Teilnahme am Wettbewerb 2024 abgesehen worden. Die Bereiche und Schulen seien verpflichtet worden, zukünftig Papiersorten mit dem Zertifikat „Blauer Engel“ zu verwenden. Der FB 1 würde aktuell die Nutzungsquote für das Kalenderjahr 2024 ermitteln. Seitens der Hansestadt Lübeck sei eine Teilnahme für den Papieratlas 2025 geplant.

Anfrage:

Der Papieratlas hat sich als ein zentrales Instrument etabliert, um die Fortschritte und den Einsatz nachhaltiger Papierbeschaffung in öffentlichen Institutionen zu messen. Die steigende Beteiligung zeigt die wachsende Relevanz dieses Wettbewerbs, auch im Hinblick auf den Klimaschutz.

2023 wurde von der Verwaltung mitgeteilt, dass die Hansestadt Lübeck die Teilnahmebedingungen des Papieratlas überprüft habe und strukturelle Veränderungen erforderlich seien, um eine Teilnahme zu ermöglichen. Der Bürgermeister hatte entsprechende Maßnahmen innerhalb der Verwaltung beauftragt, und eine Teilnahme für 2024 wurde angekündigt. Dennoch hat Lübeck erneut nicht am Papieratlas teilgenommen, während Kommunen wie Kiel und Flensburg weiterhin vertreten sind.

Da die nachhaltige Beschaffung auch ein wesentlicher Bestandteil des Masterplans Klimaschutz ist, bitten wir um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Warum hat Lübeck trotz der im Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung angekündigten Teilnahme am Papieratlas 2024 nicht teilgenommen?
2. Welche konkreten strukturellen oder organisatorischen Hindernisse haben dies verhindert?
3. Ist eine Teilnahme am Papieratlas 2025 vorgesehen?
 - Falls ja, welche Maßnahmen sind geplant, um die Teilnahme sicherzustellen?
 - Falls nein, welche Gründe sprechen dagegen?

Wir bitten die Verwaltung, die Fragen zeitnah zu beantworten.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung nimmt Kenntnis.

zu 3.4.6 AM Silke Mählenhoff (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Chemikalien im Meeres-schaum

Frau von Gerlach-Zapf beantwortet die Anfrage mündlich. Im Ergebnis teilt Frau von Gerlach-Zapf mit, dass für UNV zurzeit kein Handlungsbedarf bestehe. Die Zuständigkeit liege bei der Landesregierung. Frau Gerlach-Zapf beantwortet die Frage von AM Mählenhoff. Hierzu sprechen AM Zahn und Herr Schulz.

Anfrage:

Eine Untersuchung von greenpeace, über die in den LN vom 4.2.25 berichtet wurde, hatte PFAS, die sog. Ewigkeitschemikalien im Meeresschaum an der Ostsee in Kühlungsborn und Boltenhagen nachgewiesen.

Dazu habe ich folgende Fragen:

1. Sind dem Umweltamt für die Lübecker Ostseestrände Untersuchungen auf PFAS bekannt oder wurden diese bereits selbst vorgenommen und welche Ergebnisse liegen vor?

- Falls nicht, sind Untersuchungen geplant? In welchem Rhythmus?

In Dänemark und den Niederlanden warnen die Behörden vor dem Kontakt mit Meeresschaum und erklären, wie man sich nach einem Strandbesuch dekontaminiert.

Das Landesgesundheitsamt Niedersachsen sieht "kein gesundheitliches Risiko beim Baden, Schwimmen und Spielen im Meer" greenpeace dagegen empfiehlt "wie in den Nachbarländern sollten die Behörden dazu auffordern, nach dem Kontakt mit Meeresschaum die betroffenen Hautstellen mit klarem Wasser gründlich abzuwaschen."

2. Wie lautet die Empfehlung für die Lübecker Ostseestrände?

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung nimmt Kenntnis.

**zu 3.4.7 AM Silke Mählenhoff (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Baumkürzung und Holzentnahme an der Straße Am Schellbruch
Vorlage: VO/2025/13970**

Senator Hinsen beantwortet die Anfrage mündlich. Es habe sich um eine Maßnahme von Stadtgrün und Verkehr zur Verkehrssicherung gehandelt.

Anfrage:

An der Straße Am Schellbruch sind vor einigen Wochen 2-3 Eichen auf ca. 6m Höhe gekürzt worden. Danach lag das gute Eichenholz direkt neben den Stämmen. Am nächsten Tag war das Holz weg.

Dazu folgende Fragen:

1. Warum werden die Bäume abgesägt und auf 6m gekürzt?
2. Ist eine Anzeige gestellt worden? Die Holzentnahme ist im Schellbruch (m. Wissens) untersagt.
3. Hat der Forstbetrieb das Holz sichergestellt?

Eine Antwort sollte bis zum nächsten Ausschuss für Umwelt, Sicherheit u. Ordnung erfolgen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung nimmt Kenntnis.

zu 4 **Berichte**

zu 4.1 **Jahresbericht 2024 des Kommunalen Ordnungsdiensts** **Vorlage: VO/2025/13974**

Frau Wöhlk beantwortet die Fragen von AM Mentz, AM Kleinert, AM D'Amico, Herrn Schulz, AM Zahn, AM Reclam, AM Dr. Lengen. AM Mentz beabsichtigt, weitere Fragen zum Jahresbericht 2024 schriftlich einzureichen.

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung nimmt Kenntnis.

Anmerkung zur Niederschrift:

Die Anfrage von AM Zahn bezüglich der Auslastung der mobilen Messgeräte wird in einer nachfolgenden Sitzung beantwortet.

Bericht:

Der Jahresbericht 2024 des Kommunalen Ordnungsdiensts wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	

	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung nimmt Kenntnis.

**zu 4.2 Umsetzung der Klimaanpassungsmaßnahmen im Jahr 2024 und Gründachförderung
Vorlage: VO/2025/13976**

Gemäß TOP 1 wird TOP 4.2 gemeinsam mit TOP 6.2 behandelt. Die Diskussion ist unter TOP 4.2 wiedergegeben, die Abstimmung unter dem jeweiligen TOP.

TOP 6.2

Hierzu spricht AM Dr. Lengen. Frau Schäfer ergänzt, dass auf der Internetseite der Hansestadt Lübeck unter „Aktuelles zum Klimaschutz und Klimaanpassung“ unter anderem darüber berichtet werde. AM Zahn zieht den Antrag zurück.

TOP 4.2

Die Statusliste_Klimaanpassungsmaßnahmen_2024_gesamt ist als Anlage zum Tagesordnungspunkt beigefügt.

Frau Schäfer berichtet, dass zum Bericht zur Umsetzung der Klimaanpassungsmaßnahmen im Jahr 2024 und Gründachförderung eine Präsentation erstellt wurde. Die Präsentation wird der Niederschrift beigefügt. Zudem teilt Frau Schäfer mit, dass die Gründachförderung im März starten solle. Frau Schäfer beantwortet die Frage von Frau Mentz.

AM Zahn bittet um eine Information, ob die Beauftragung von Fachfirmen für die Gründachförderung Voraussetzung sei.

AM Zahn wird eine Antwort zur Niederschrift zugesagt.

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung nimmt Kenntnis.

Anmerkungen zur Niederschrift:

Beantwortung der Anfrage von AM Zahn: Laut Förderrichtlinie sei es möglich, auch ohne Beauftragung einer Fachfirma eine Gründachförderung zu erhalten.

Link zur Statusliste der Klimaanpassung 2024:

[Statusliste_Klimaanpassungsmaßnahmen_2024_gesamt.pdf](#)

Link zum „Aktuelles zum Klimaschutz und Klimaanpassung“ in dem Aufklapp-Menü „Aktuelles“

<https://www.luebeck.de/de/stadtentwicklung/klimaschutz/>

Bericht:

Der anliegende Bericht zur Umsetzung der Klimaanpassungsmaßnahmen im Jahr 2024 und Gründachförderung wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung nimmt Kenntnis.

zu 4.3	Notfallsanitäterschule Vorlage: VO/2024/13637
---------------	--

Herr Köstler stellt den Bericht vor und beantwortet die Fragen von AM Zahn und AM Möller.

Bericht:

Der Bericht zur räumlichen Unterbringung und der Sachstand zum Neubau der Notfallsanitäterschule werden zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung nimmt Kenntnis.

zu 5	Beschlussvorlagen
-------------	--------------------------

zu 5.1	Lärmaktionsplan der Hansestadt Lübeck 2024 Vorlage: VO/2024/13799
---------------	--

Gemäß TOP 1 wird TOP 3.3.2 und TOP 5.1 gemeinsam behandelt. Die Diskussion ist unter TOP 5.1 wiedergegeben, die Abstimmung unter dem jeweiligen TOP.

Zu TOP 3.3.2: Frau Gerlach-Zapf teilt mit, dass eine schriftliche Beantwortung für den nächsten Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung vorgesehen sei.

Zu TOP 5.1:

AM Kleinert kündigt noch Fragen an. Diese sollen schriftlich erfolgen. AM Reclam äußert, dass kurz vor der Sitzung noch ein Änderungsantrag eingereicht worden sei. AM Mählenhoff ergänzt, dass dieser im Hauptausschuss behandelt werden solle.

Eine Beantwortung zur Frage von AM Müller wird zur Niederschrift zugesagt.

Die Vorsitzende lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Anmerkung zur Niederschrift:

Beantwortung der Frage von AM Müller, warum in der Anlage 1_Kurzversion_EU unter Punkt 5 die Spalte Kosten-Nutzungsverhältnis leer sei.

Die Frage 5 zu der Kosten-Nutzung in der EU-Kurzfassung sei optional. Es seien noch keine konkreten Maßnahmen im Lärmaktionsplan hinterlegt, sondern lediglich Prüfaufträge. Daher sei eine Kosten-Nutzen-Prüfung nicht sinnvoll. Eine Kosten-Nutzen-Abschätzung könnte bei konkreten Maßnahmen gegenübergestellt werden.

Beschluss:

Der als Anlage beigefügte Entwurf des Lärmaktionsplans der Hansestadt Lübeck zur Mitteilung an die EU gem. § 47d Abs. 7 BImSchG wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	14
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	1
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig die Annahme der Beschlussvorlage.

**zu 5.2 Kommunale Wärmeplanung
Vorlage: VO/2024/13808**

Gemäß TOP 1 wird TOP 3.2.2, TOP 7.1 und TOP 5.2 gemeinsam behandelt. Die Diskussion ist unter TOP 5.2 wiedergegeben, die Abstimmung unter dem jeweiligen TOP.

Zu 3.2.2

Frau von Gerlach-Zapf verweist im Zusammenhang auf den Masterplan Klimaschutz auf die Anlage zu TOP 4.2_Statusliste Klimaanpassungsmaßnahmen_2024_gesamt. Auf Nachfrage gibt es keine weiteren Wortmeldungen zum Sachstand Masterplan Klimaschutz.

Zu TOP 7.1

AM Dr. Lengen kritisiert die kurze Zeit zur Bearbeitung aufgrund des kurzfristigen Einreichens des Antrages. Es sei diesbezüglich kein interner Austausch mehr möglich gewesen.

AM Zahn beantragt die Vertagung des Antrages. Die Vorsitzende lässt über die Vertagung abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 5 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen.

Der Antrag auf Vertagung des Antrages wurde vom Ausschuss mehrheitlich abgelehnt.

Die Vorsitzende lässt über den Änderungsantrag abstimmen.

Zu TOP 5.2

Sowohl Frau Keipert-Colberg als auch Frau Schäfer stellen die Kommunale Wärmeplanung jeweils anhand einer Präsentation vor.

Die Präsentationen werden der Niederschrift beigelegt.

Senator Hinsen, Frau Keipert-Colberg und Frau Schäfer beantworten die Fragen von AM Mentz, AM Schüler, AM Zahn, Herrn Schulz, AM Stappen, AM Dr. Lengen.

Die Vorsitzende lässt über den Beschlussvorschlag unter TOP 5.2 in der durch den Antrag unter TOP 7.1 ergänzter Form abstimmen.

Beschluss:

1. Das als Anlage 1 beiliegende Fachgutachten zur kommunalen Wärme- und Kälteplanung (KWP) wird beschlossen und ist strategische Grundlage für die Wärmewende in Lübeck.
2. Die Ziele der KWP sind bei allen planerischen, infrastrukturellen und baulichen Aktivitäten zu berücksichtigen. Dies gilt auch für die städtischen Beteiligungen: Der Bürgermeister als städtischer Gesellschaftervertreter wirkt auf die Berücksichtigung der Ziele hin.
3. Der Bürgermeister wird beauftragt, die Planungen der Energieversorgungsinfrastrukturen im Stadtgebiet auf der Basis des kommunalen Wärmeplans zügig weiter zu entwickeln. Hierzu werden den zuständigen Gremien notwendige Beschlussfassungen entgegengebracht. Zum Start der KWP-Umsetzung werden die Stadtwerke Lübeck Energie GmbH beauftragt, bis zum Sommer 2025 einen Zeitplan für bereits bestehende Transformations- und Ausbauplanungen ihrer Wärmenetze vorzulegen sowie eine Priorisierung der in der KWP genannten Fernwärmeeignungsgebiete nach aussagekräftigen Kriterien aufzuzeigen.
4. Die KWP wird in Kooperation mit dem Begleitgremium kontinuierlich an neue Entwicklungen angepasst und fortgeschrieben. Jährlich berichtet die Klimaleitstelle über vorzunehmende Aktualisierungen.
5. Die in der Anlage 1 aufgelisteten Maßnahmen werden unter Berücksichtigung der genannten Priorisierung und der zeitlichen Vorgaben, überwacht und durch ein Monitoring umgesetzt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	13
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	2
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung empfiehlt der Bürgerschaft mehrheitlich gemäß geänderten und ergänztem Beschlussvorschlag zu beschließen.

zu 6 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft

**zu 6.1 AfD: Aussetzung Masterplan Klimaschutz
Vorlage: VO/2025/13900**

AM Stappen erläutert den Antrag. Auf Nachfrage der Vorsitzenden gibt es keine Wortmeldungen.

Die Vorsitzende lässt über die Vorlage abstimmen.
AM Kleinert war während der Abstimmung nicht anwesend.

Beschluss:

Der Masterplan Klimaschutz wird vorerst bis zum Jahr 2030 ausgesetzt.

Laufende Maßnahmen werden abgeschlossen, nicht gesetzlich vorgeschriebene Maßnahmen ausgesetzt bzw. gestrichen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	1
	Nein-Stimmen	13
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung lehnt mehrheitlich den Antrag ab.

**zu 6.2 SPD & FW: Evaluation des Klimaanpassungskonzepts "Lübeck sorgt vor"
Vorlage: VO/2024/13102**

Gemäß TOP 1 wird TOP 4.2 gemeinsam mit TOP 6.2 behandelt. Die Diskussion ist unter TOP 4.2 wiedergegeben, die Abstimmung unter dem jeweiligen TOP.

Beschluss:

Die Bürgerschaft möge beschließen:

„Der Bürgermeister wird aufgefordert der Bürgerschaft zur Umsetzung des Klimaanpassungskonzepts ‚Lübeck sorgt vor‘ bis zur Septembersitzung 2024 zu berichten. Es ist insbesondere zu berichten, welche Maßnahmen in den ersten vier Jahren des Konzepts bereits umgesetzt werden konnten. Es ist eine Zeitplanung zur weiteren Umsetzung des Konzepts vorzulegen. Ferner ist zu berichten, welche Anpassung des Konzeptes die Verwaltung nach den ersten vier Jahren vorschlägt.“

Der Antrag wurde von AM Zahn (SPD) zurückgezogen.

zu 7 Anträge von Ausschussmitgliedern

**zu 7.1 AM Silke Mählenhoff (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN), AM Kevin Kleinert (CDU):
ÄÄ Kommunale Wärmeplanung
Vorlage: VO/2024/13808-02**

Gemäß TOP 1 wird TOP 3.2.2, TOP 7.1 und TOP 5.2 gemeinsam behandelt. Die Diskussion ist unter TOP 5.2 wiedergegeben, die Abstimmung unter dem jeweiligen TOP.

Beschluss:

Unter 3. Hinzufügen:

Dabei ist zu berücksichtigen, dass Gebiete, in denen voraussichtlich keine dezentrale klimaneutrale Versorgung möglich ist, eine hohe Priorisierung erhalten.

Punkte hinzufügen:

6. Für die weitere Betrachtung der Fernwärmeeignungsgebiete wird als Ziel festgesetzt, dass Fernwärmenetze aktuell nur dort weiterverfolgt werden sollen, wo die weitere Analyse ergibt, dass die Fernwärmeversorgung für die Bürger:innen mit hoher Sicherheit eine wirtschaftlich attraktive Lösung darstellt oder keine dezentrale klimaneutrale Versorgung möglich ist.

7. Der Bürgermeister wird beauftragt, wenn neue Erkenntnisse insbesondere zur Nichteignung von Gebieten unter diesen Voraussetzungen vorliegen, eine schnellstmögliche und transparente Kommunikation an die betroffenen Bürger:innen sicherzustellen, damit diese rechtzeitig Planungssicherheit haben.

8. Der Bürgermeister wird beauftragt, bis zum Sommer 2025 (zeitgleich mit der Transformations- und Ausbauplanung der Stadtwerke) ein rechtssicheres Konzept vorzulegen, das sicherstellt, dass die zukünftig zu errichtenden Fernwärmenetze eine für die Bürger:innen dauerhaft wirtschaftlich attraktive Lösung darstellen. In diesem Konzept soll - unter Berücksichtigung der finanziellen und organisatorischen Leistungsfähigkeit der Stadtwerke geprüft werden, welche Maßnahmen erforderlich und möglich sind, um die Realisierung der netzgebundenen Wärmewende sicherzustellen.

Das Konzept soll auch auflisten, welche Satzungen geändert werden müssen, um rechtliche Hürden für die Wärmewende zu beseitigen und einen Fahrplan für die Umsetzung enthalten.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	11
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	4
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung empfiehlt der Bürgerschaft mehrheitlich die Annahme der Vorlage in der geänderten Fassung.

zu 8 Polizeibeirat

zu 9 Verschiedenes

Es liegt nichts vor.

zu 10 Ende des öffentlichen Teils

Die Vorsitzende schließt um 19:03 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung. Die Öffentlichkeit und alle nicht zur Teilnahme Berechtigten verlassen den Sitzungsraum.
Die Sitzung wird um 19:04 Uhr vom Vorsitzenden mit dem nichtöffentlichen Teil fortgesetzt.

zu 16 Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Nach Wiedereintritt in den öffentlichen Teil teilt die Vorsitzende mit, dass der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung im nichtöffentlichen Teil einen Beschluss gefasst habe.

Die Vorsitzende bedankt sich bei den Anwesenden und die schließt die Sitzung um 19.26 Uhr.

Lübeck, den 10. Februar 2026

Silke Mählenhoff
Vorsitzende/r

Julia Matthäus
Protokollführung